

Ehrbarer Staat? Die deutsche Generationenbilanz

Update 2013: Die Nachhaltigkeitsbilanz der Wahlprogramme

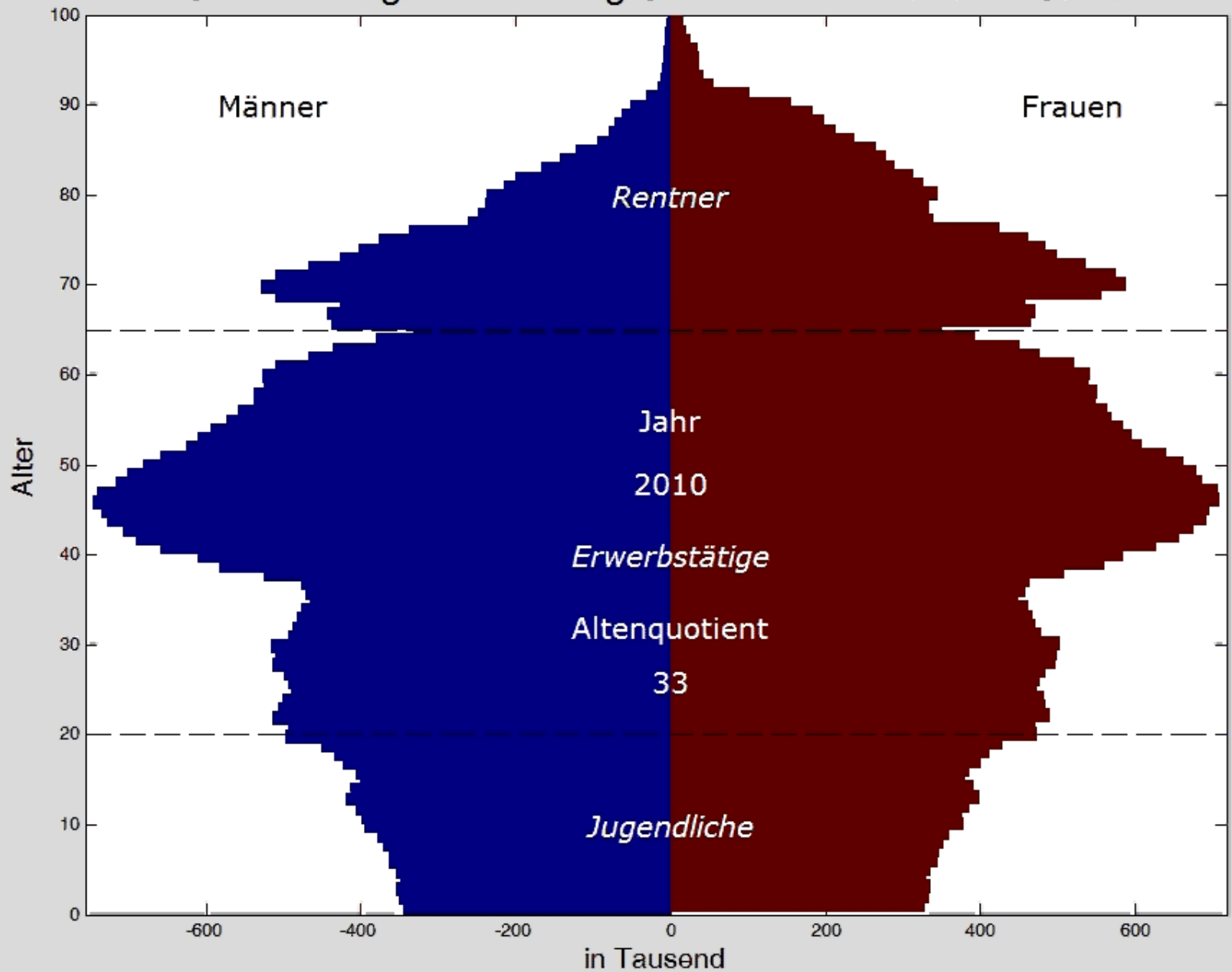
Bernd Raffelhüschen
Stefan Moog

Stiftung Marktwirtschaft

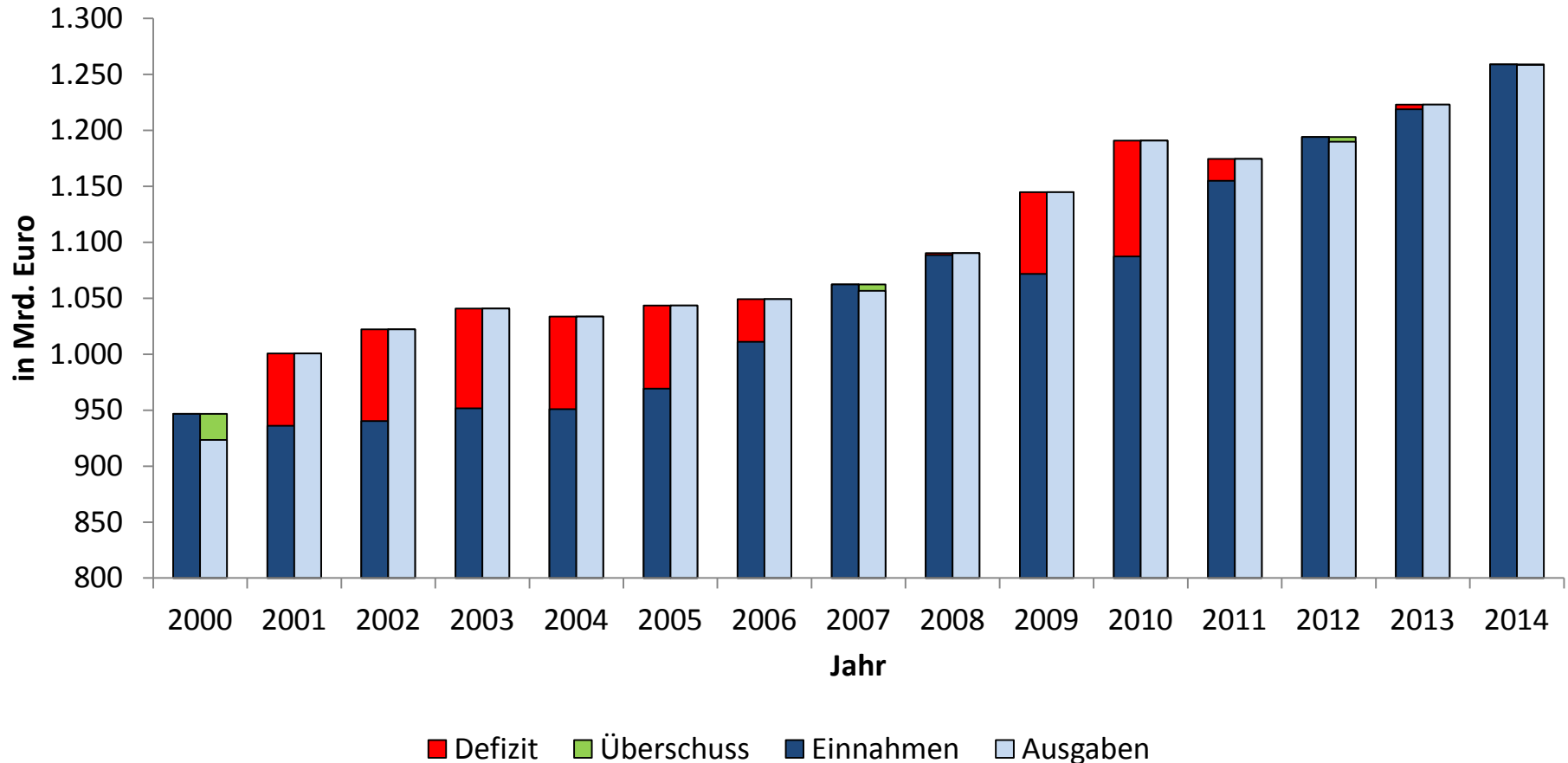
Forschungszentrum Generationenverträge
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Pressegespräch am 25. Juli 2013 in Berlin

Bevölkerungsentwicklung Deutschland: 2010 bis 2075



Die Entwicklung der deutschen Staatsfinanzen

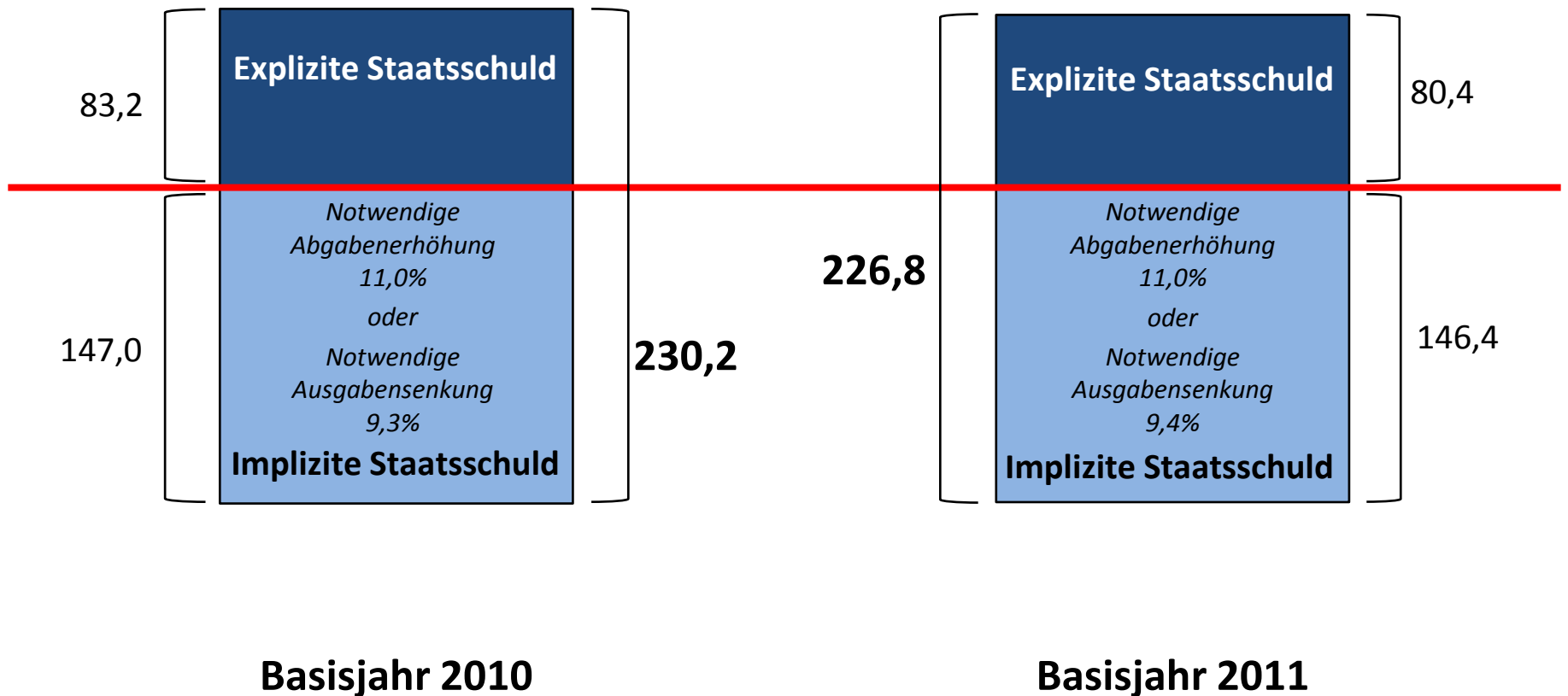


Quelle: Europäische Kommission. Für 2013 und 2014 Prognose.

Im Jahr 2012 hat der öffentliche Gesamthaushalt infolge der historisch gesehen höchsten Steuer- und Beitrags-einnahmen der deutschen Geschichte (+41 Mrd. Euro) bei einer zugleich lediglich moderaten Zunahme der Ausgaben (+15 Mrd. Euro) erstmals seit dem Ausnahmejahr 2007 wieder leicht positiv abgeschlossen. Auch im laufenden und im kommenden Jahr dürfte der öffentliche Gesamthaushalt in etwa ausgeglichen sein.

Nachhaltigkeitslücke im Jahresvergleich

(g = 1,5%, r = 3,0%, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, in Prozent des BIP)

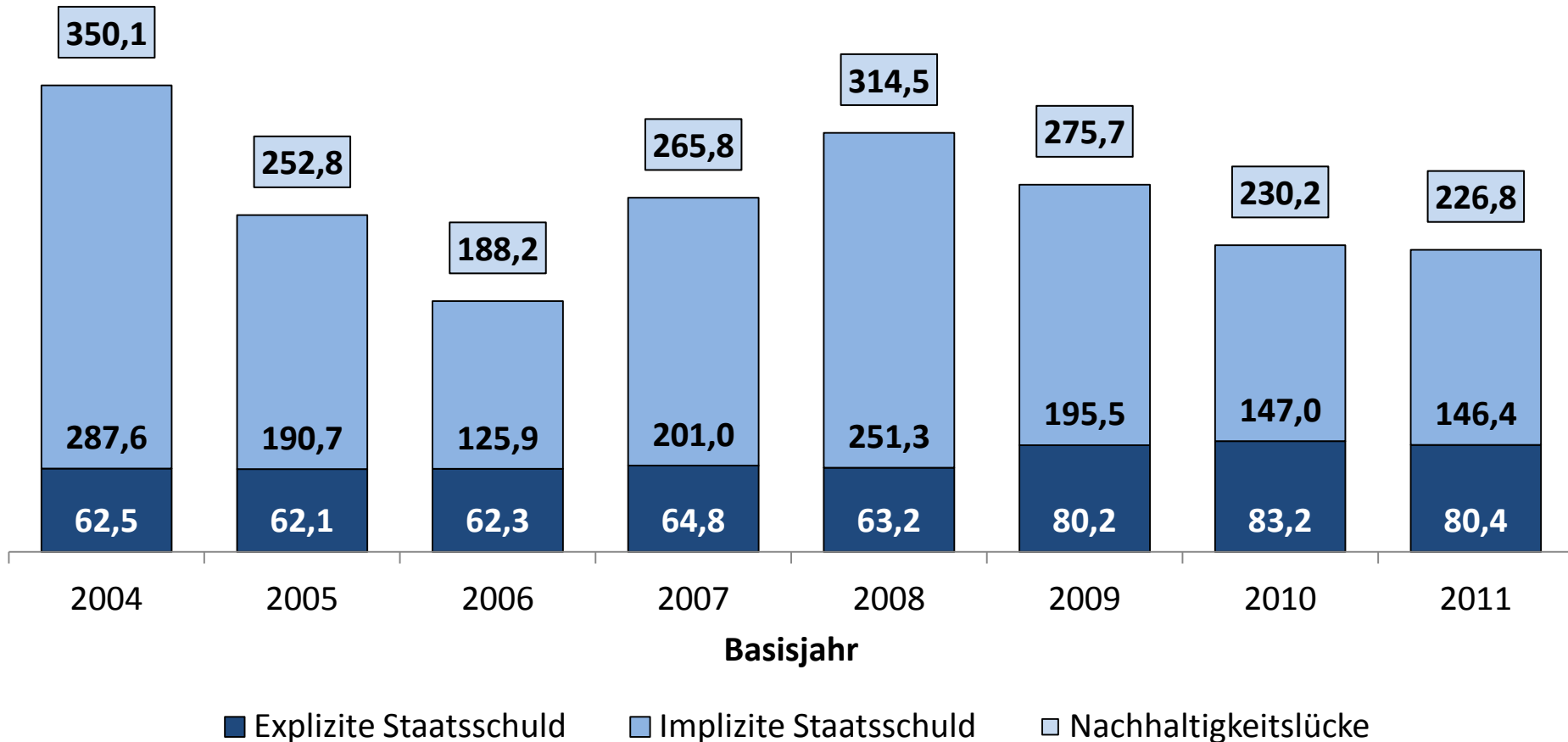


Quelle: Eigene Berechnungen.

Trotz aller Erfolgsmeldungen zum Zustand der Staatsfinanzen wurden im Jahresvergleich nur geringe Fortschritte bei der langfristigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erzielt.

Konsolidierungsstillstand

(g = 1,5%, r = 3,0%, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, in Prozent des BIP)

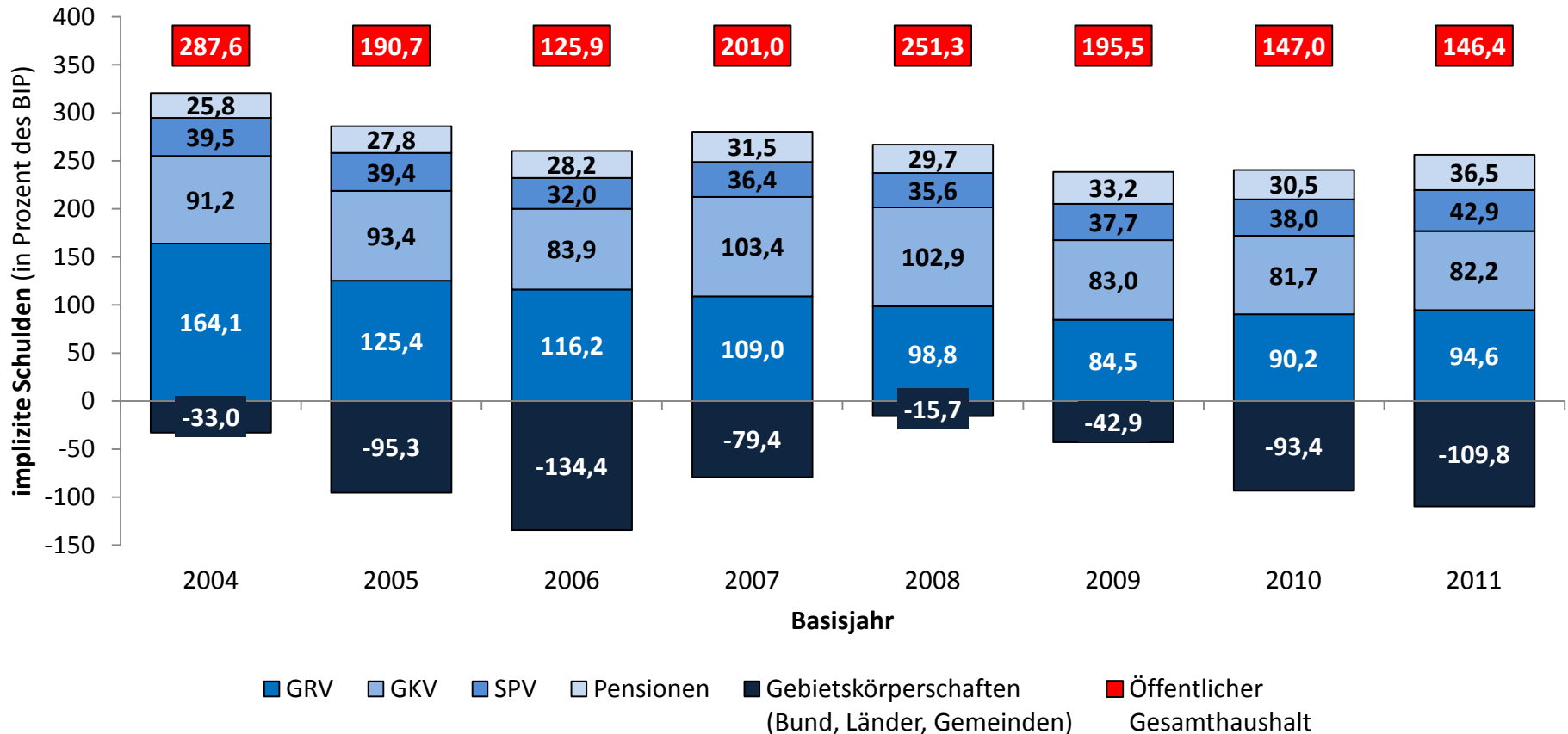


Quelle: Eigene Berechnungen.

Statt die Konsolidierung der Staatsfinanzen konsequent voranzutreiben, begnügt sich die Bundesregierung mit der Verwaltung des Status quo.

Unsichtbare Schulden der Sozialversicherungen nehmen zu

(g = 1,5%, r = 3,0%, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)



Quelle: Eigene Berechnungen.

Trotz der weiterhin positiven Einnahmenentwicklung hat die implizite Verschuldung der Sozialversicherungen zugenommen. In der GRV ist dies auf die Beitragssatzsenkung zurückzuführen, in der GKV und SPV hingegen auf steigende Ausgaben. In der SPV schlagen die Leistungsausweitungen infolge der Pflegereform zu Buche.

Der fiskalische Jahresrückblick 2012

Kosten

(pro Jahr)

2,6 Mrd. Euro

Gesetz zum Abbau der kalten Progression

Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer von 8.004 auf 8.130 Euro in 2013 und auf 8.354 Euro in 2014.

Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG)

+/- 0 Mrd. Euro (?)

Leistungsverbesserungen für Personen mit einem erhöhten Betreuungsbedarf.
Anhebung des SPV-Beitragssatzes um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent bzw. 2,3 Prozent für Kinderlose.

Betreuungsgeld

1,2 Mrd. Euro

Einführung eines Betreuungsgeldes von 150 Euro pro Monat für ein- und zweijährige Kinder, sofern kein öffentlich geförderter Krippenplatz in Anspruch genommen wird.

Praxisgebühr

2 Mrd. Euro

Abschaffung der Praxisgebühr in Höhe von 10 Euro pro Quartal zum 1. Januar 2013.

GRV-Beitragssatz

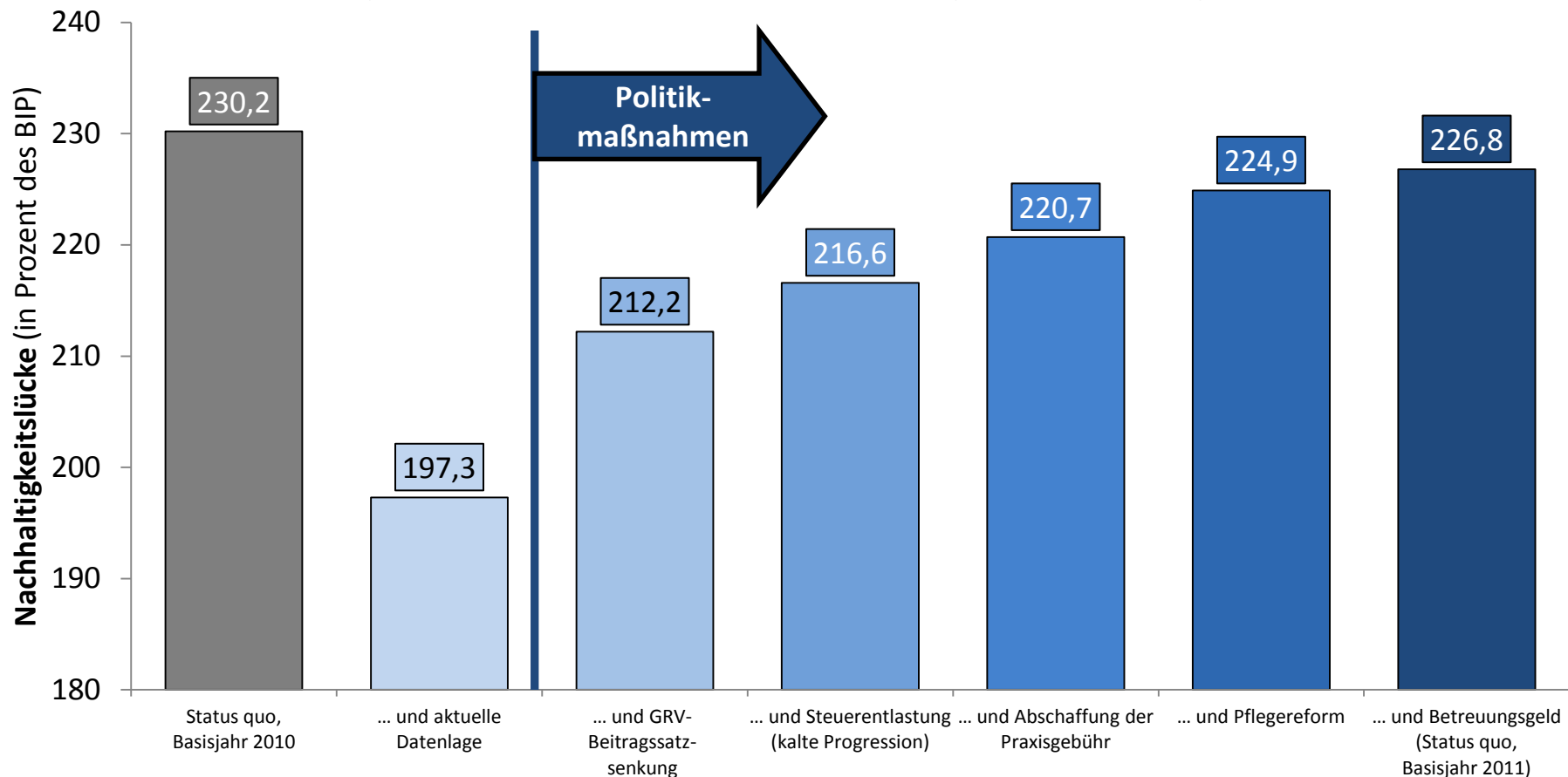
6,4 Mrd. Euro

Absenkung des GRV-Beitragssatzes von 19,6 auf 18,9 Prozent zum 1. Januar 2013.

Gesamt = 12,2 Mrd. Euro

Die fiskalische Nachhaltigkeitsbilanz: Verpasste Konsolidierungschancen

(g = 1,5%, r = 3,0%, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

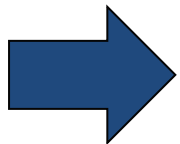


Quelle: Eigene Berechnungen.

Die im Jahr 2012 beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung schlagen sich in der Bilanz des ehrbaren Staates in einer kontraproduktiven Zunahme der Nachhaltigkeitslücke um 29,5 Prozentpunkte des BIP nieder und zehren damit fast alle entstandenen Einnahmespielräume auf.

Zwischenfazit: Konsolidierungsstillstand

- Nach aktuellem Stand beläuft sich die Nachhaltigkeitslücke der öffentlichen Haushalte auf 226,8 Prozent des BIP oder 5,9 Billionen Euro. Im Jahresvergleich hat sich die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte damit nur unwesentlich verbessert.
- Dabei wäre das Potential für einen stärkeren Abbau der Nachhaltigkeitslücke angesichts der weiterhin extrem positiven Einnahmeentwicklung durchaus gegeben gewesen.
- Bestehende Spielräume wurden stattdessen für Geschenke an die Wähler (Betreuungsgeld, Praxisgebühr) verwendet. Für die „Konsolidierung“ des Bundeshaushalts greift man hingegen in die finanzpolitische „Trickkiste“: Allein die Kürzung der Bundeszuschüsse an den Gesundheitsfonds und die Rentenversicherung entlasten den Bundeshaushalt im Jahr 2014 um knapp 5 Mrd. Euro. Dies ändert aber nichts an der staatlichen Gesamtverschuldung.



**Statt wirklicher Konsolidierung
begnügt man sich mit der Verwaltung des Status quo.**

Themenschwerpunkt

Die Nachhaltigkeitsbilanz der Wahlprogramme

Berücksichtigte Themenfelder

- Für die Nachhaltigkeitsbilanz der Wahlprogramme wurden die folgenden Themenfelder betrachtet:
 - (1) Steuern und Familie
 - (2) Rente
 - (3) Gesundheit und Soziales
 - (4) Bildung und Investitionen
- Innerhalb der Themenfelder wurden nur jeweils diejenigen Maßnahmen bzw. Absichtserklärungen berücksichtigt, für welche die fiskalischen Wirkungen auf die öffentlichen Haushalte quantifiziert werden können.
- Hinsichtlich der fiskalischen Wirkungen einzelner Maßnahmen stützt sich die nachfolgende Analyse neben den eigenen Berechnungen auf die Angaben in den Wahlprogrammen der Parteien, auf Schätzungen des IW Köln, des RWI Essen, des DIW Berlin und des ZEW Mannheim.

Regierungsprogramm der CDU/CSU – „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“

Steuern und Familie

- Abbau der „*kalten*“ *Progression*
- Erhöhung *Kinderfreibeträge/-geld*

Gesundheit und Soziales

- Neufassung des *Pflegebedürftigkeitsbegriffs*

Rente

- Einführung einer *Lebensleistungsrente*
- Einführung einer *Mütterrente*
- Erhöhung der *Zurechnungszeiten* bei Erwerbsminderungsrenten

Bildung und Investitionen

- Erhöhung der *Verkehrsinvestitionen*

Bürgerprogramm der FDP – „Damit Deutschland stark bleibt“

Steuern und Familie

- Abbau der „*kalten*“ *Progression*
- Abbau des *Solidaritätszuschlags* bis 2020
(im Gegenzug: Abbau Aufbauhilfe Ost)
- Erhöhung *Kinderfreibetrag*

Bildung und Investitionen

- Abbau der *Aufbauhilfe Ost* bis 2020

Gesundheit und Soziales

- Neufassung des
Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Regierungsprogramm der SPD – „Das WIR entscheidet“

Steuern und Familie

Steuern

- Anhebung des **Spitzensteuersatzes**
- Erhöhung der **Abgeltungssteuer**
- Wiedereinführung der **Vermögenssteuer**
- Abbau von **Mehrwertsteuervergünstigungen**
- Einführung einer **Finanzmarkttransaktionssteuer**
- Abbau ökologisch schädlicher **Steuervergünstigungen**
- Abbau von Vergünstigungen bei der **Erbchaftsteuer**

Familie

- Erhöhung des **Kindergeldes**
- Kürzung des **Kinderfreibetrages**
- Einführung des **Realsplittings**
- Abschaffung des **Betreuungsgeldes**

Gesundheit und Soziales

- Einführung der **Bürgerversicherung** in der GKV und SPV
- Neufassung des **Pflegebedürftigkeitsbegriffs**

Rente

- Einführung einer **Solidarrente**
- Erhöhung des **Rentenniveaus** bis
- Einführung einer **erwerbsfreie Minderungsrente**
- Einführung einer **erwerbsfreie Rente für langjährig Versicherte** ab 63 Jahren
- Erweiterte Berücksichtigung von **Kindergartenzeiten**
- Erhöhung der **Zurechnungszeiten** für Altersrenten
- Erhöhung der **Wartezeiten** für Altersrenten

Bildung und Investitionen

- Ausbau der **Kinderbetreuung/-tagesstätten**
- Erhöhung der **Bildungsinvestitionen**
- Erhöhung der **Verkehrsinvestitionen**

Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen – „Zeit für den grünen Wandel“

Steuern und Familie

Steuern

- Anhebung des **Spitzensteuersatzes**
- Abschaffung der **Abgeltungssteuer**
- Einführung einer **Vermögenswertsteuer**
- Abbau von **Mehrwertsteuervergünstigungen**
- Einführung einer **Finanzmarkttransaktionssteuer**
- Abbau ökologisch schädlicher **Steuervergünstigungen**
- Erhöhung der **Erbschaftsteuer**

Familie

- Erhöhung des **Kindergeldes**
- Einführung des **Individualsplittings**
- Abschaffung des **Betreuungsgeldes**

Rente

- Einführung einer **Garantierente**
- **Abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente**

Bildung und Investitionen

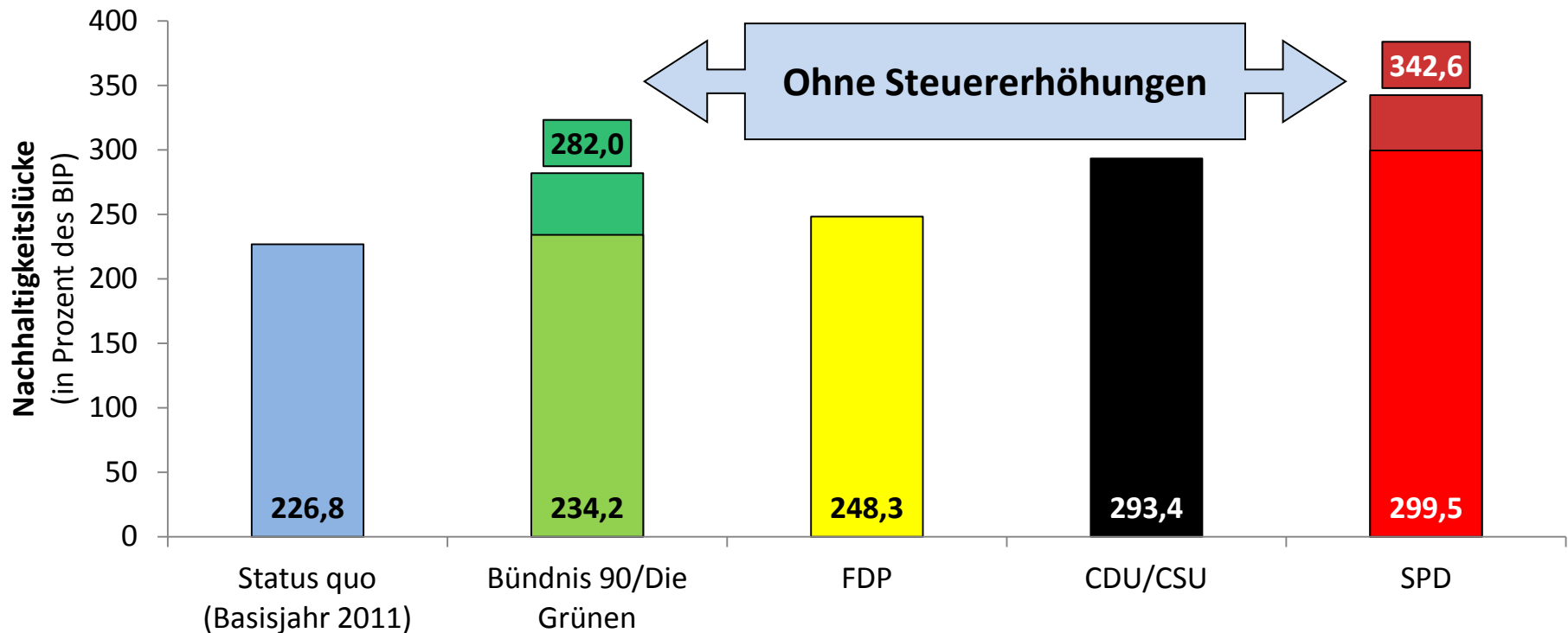
- Mehr Mittel für den **Hochschulpakt**
- Ausbau der **Kinderbetreuung/-tagesstätten**
- Erhöhung des **BAFöG /**
Einführung eines **Weiterbildungs-BAFöG**

Gesundheit und Soziales

- Einführung der **Bürgerversicherung**
in der GKV und SPV
- Neufassung des **Pflegebedürftigkeitsbegriffs**
- Erhöhung des Regelsatzes in der **Grundsicherung** auf 420 Euro

Die Nachhaltigkeitsbilanz der Wahlprogramme

($g = 1,5\%$, $r = 3,0\%$, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

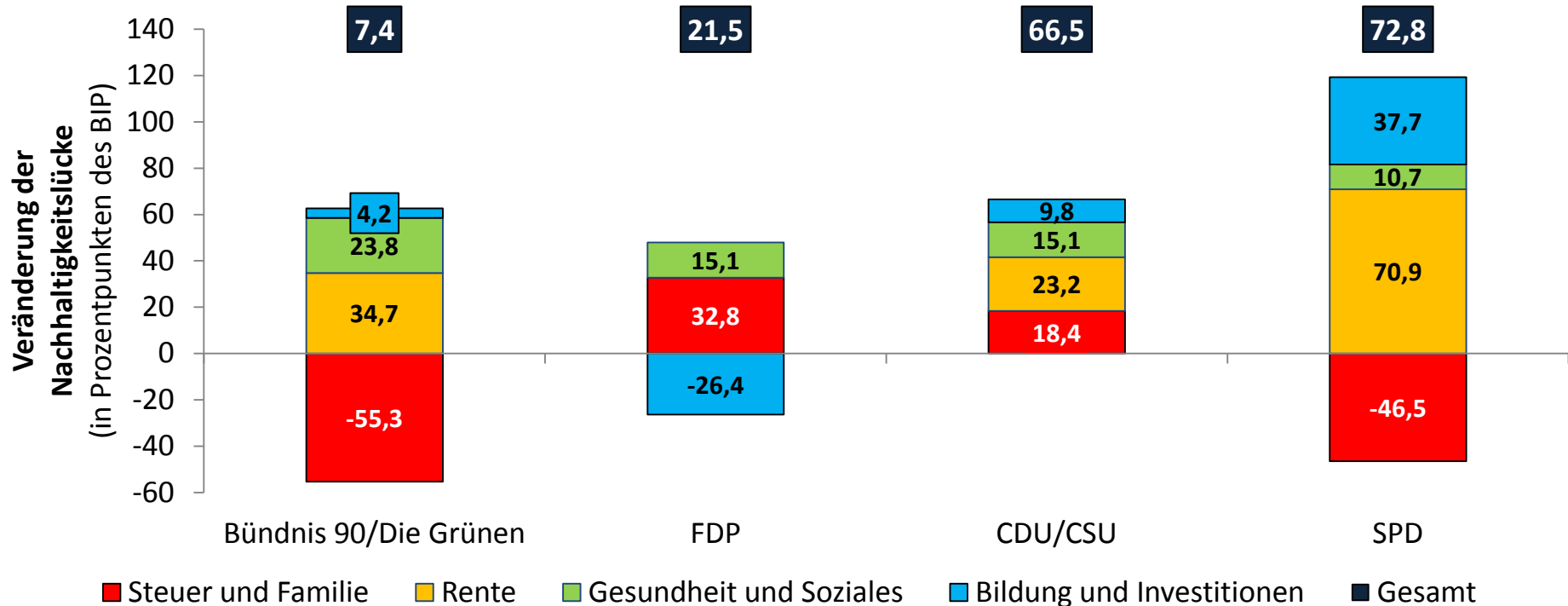


Quelle: CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, IW Köln, RWI Essen, DIW Berlin, ZEW Mannheim, eigene Berechnungen.

In der Gesamtbetrachtung würden die Wahlprogramme aller Parteien zu einer Erhöhung der Nachhaltigkeitslücke führen. Vergleichsweise „solide finanziert“ ist das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Dies ist allein den anvisierten Steuermehreinnahmen geschuldet. Im Falle der FDP ist die Erhöhung der Nachhaltigkeitslücke im Wesentlichen auf die möglichen Mehrausgaben bei Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs zurückzuführen. CDU/CSU und insbesondere SPD glänzen mit teuren Wahlversprechen. Für die SPD beziffern sich die langfristigen Kosten der Leistungsausweitungen auf mehr als ein Bruttoinlandsprodukt.

Die Themenfelder im Einzelnen

(g = 1,5%, r = 3,0%, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)



Quelle: CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, IW Köln, RWI Essen, DIW Berlin, ZEW Mannheim, eigene Berechnungen.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen setzen auf Erhöhungen, CDU und FDP auf eine Senkung der Steuerbelastung. Hingegen führen die Rentenkonzepte aller Parteien – mit Ausnahme der FDP – zu einer mehr oder weniger deutlichen Belastung der öffentlichen Haushalte. Gleiches gilt auch für die von allen Parteien anvisierte Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Bei den Grünen schlägt zusätzlich die Erhöhung des Regelsatzes der Grundsicherung ausgabenerhöhend zu Buche. Die SPD will schließlich die Investitionen in Bildung deutlich erhöhen, während der von der FDP beabsichtigte Abbau der „Aufbauhilfe Ost“ zu einer Verringerung der Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern führen dürfte.

FAZIT: Teure Versprechen, keine Systematik

- In der Gesamtbetrachtung beinhalten die Wahlprogramme aller Parteien zusätzliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte.
- Vergleichsweise „solide finanziert“ erscheint das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Allerdings beinhaltet dieses – wie auch das Wahlprogramm der SPD – eine dramatische Zunahme der Steuerlast in Zeiten, in denen die höchsten Steuereinnahmen zu verzeichnen sind, die es jemals gegeben hat.
- Im Unterschied dazu, sind die von der SPD anvisierten Steuererhöhungen noch nicht einmal ausreichend, um die Hälfte der neuen Leistungsversprechen zu finanzieren.
- Auch die CDU bleibt Vorschläge für eine Finanzierung ihrer Wahlversprechen schuldig.
- Problematisch sind jedoch nicht allein die Kosten der neuen Leistungsversprechen bzw. deren Finanzierung. Kritisch ist insbesondere, dass es den Renten- und Pflegekonzepten – ob von CDU/CSU, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen – auch an jeglicher Systematik mangelt.